

INHALT

	Seite
Verzeichnis der Abkürzungen	8
Vorwort	11
Erstes Kapitel: Die derzeitige Praxis der Finanzierung der Parlamentsfraktionen durch staatliche Mittel und Mitgliedsbeiträge	13
I. Umfang der staatlichen Leistungen	13
1. Höhe der Zahlungen an die Bundestagsfraktionen ...	13
2. Höhe der Zahlungen an die Landtagsfraktionen	14
3. Sonstige Leistungen von staatlicher Seite in Bund und Ländern	19
4. Das Bewilligungsverfahren	20
II. Umfang der Beiträge der Abgeordneten an die Fraktion	23
1. Mitgliedsbeiträge der Abgeordneten des Bundestages an ihre Fraktion	24
2. Mitgliedsbeiträge der Abgeordneten der Landesparla- mente an ihre Fraktionen	25
3. Sonderregelung der GRÜNEN-Fraktionen	27
III. Verwendung der Mittel	29
Zweites Kapitel: Die geschichtliche Entwicklung der Fraktio- nen und ihrer Finanzierung bis zum Ende der Weimarer Zeit	32
I. Geschichtliche Entwicklung der Fraktionen	32
1. Fraktionsbildung in der Frankfurter Nationalver- sammlung	33
a) Die Verfestigung der Fraktionen im Zusammen- hang mit der Entwicklung des parlamentarischen Geschäftsverfahrens	37
b) Organisation der Fraktionen	40
c) Grenzen der Fraktionsdisziplin	44
d) Das gesellschaftlich-politische Wirken der Frak- tionen	45
2. Fraktionsbildung in Preußen	47
3. Fraktionen im Reichstag der Kaiserzeit	50
4. Begriffsbestimmung der Fraktion von 1848 bis 1918 ...	52
5. Fraktionen in der Weimarer Zeit	54
II. Staatliche Integration der Fraktionen	57

	Seite
III. Formen der Fraktionsfinanzierung bis 1945	59
1. Beitragspflicht der Fraktionsmitglieder in der Frankfurter Nationalversammlung und im Preußischen Abgeordnetenhaus	59
a) Fraktionsfinanzierung	59
b) Diätenregelung	60
2. Zuschüsse aus der Parteikasse für die Fraktionen im Norddeutschen und Deutschen Reichstag bis 1906	61
a) Staatliche Leistungen an die Fraktionen	61
b) Diätenregelung	63
c) Finanzielle Mittel aus der Parteikasse	63
3. Fraktionsfinanzierung von 1906 bis 1945 aus Mitgliedsbeiträgen der Abgeordneten	64
a) Diätenregelung	64
b) Fraktionsfinanzierung	66
aa) Fraktion der SPD	66
bb) Zentrumsfraktion	67
4. Ergebnis	69
Drittes Kapitel: Die Fraktionsrechte in den Geschäftsordnungen des Bundestages und der Landtage	70
I. Die Geschäftsordnung im Deutschen Bundestag im Vergleich zu ihren Vorläufern	70
II. Die gegenwärtigen Geschäftsordnungen der Parlamente	73
Viertes Kapitel: Die Rechtsnatur der Fraktion	79
I. Höchstrichterliche Rechtsprechung zur Funktion und Rechtsnatur der Fraktion	79
II. Meinungsstand zur Rechtsnatur der heutigen Parlamentsfraktion	80
1. Die Fraktion als nicht-rechtsfähiger Verein bürgerlichen Rechts	82
2. Die Fraktion als rechtlicher Teil der Partei	84
3. Die Fraktion als Organ des Parlaments	88
4. Die Fraktion als Vereinigung besonderer Art	95
a) Die Fraktion als 'Teil' des Parlaments	96
b) Die Fraktion als öffentlich-rechtlicher Verein	98
c) Die Fraktion als "innenrechtsfähiger Verein des bürgerlichen Rechts"	101

	Seite
Fünftes Kapitel: Die Fraktionsfinanzierung nach 1945	102
I. Formen und Entwicklung der Fraktionsfinanzierung nach 1945	102
1. Die Fraktionsfinanzierung nach 1945 durch staatliche Leistungen und Mitgliedsbeiträge	102
2. Stetige Aufstockung der staatlichen Mittel an die Fraktionen und Begrenzung der staatlichen Parteienfinanzierung	104
II. Die funktionsbezogene Finanzierung der Fraktion	108
1. Die Doppelfunktionalität der Fraktion	109
2. Die Rechtfertigung der staatlichen Mittelgewährung	113
3. Die Zweckbindung der staatlichen Mittel	114
4. Die Zulässigkeit der Gewährung staatlicher Mittel für parteibezogene Tätigkeit der Fraktion	117
Sechstes Kapitel: Die rechtliche Regelung der staatlichen Fraktionsfinanzierung und Kontrollmöglichkeiten der Mittelverwaltung und -verwendung	119
I. Gesetzliche Regelungen in Bund und Ländern	119
1. Die Abgeordnetengesetze mit konkreten Regelungen von Grund und Höhe	120
2. Abgeordnetengesetze ohne Ausgangsbeträge	121
3. Keine gesetzlichen Regelungen der Fraktionsfinanzierung	125
II. Finanzkontrolle durch die Rechnungshöfe gem. § 91 Abs.1 Satz 1 Nr.3 BHO/LHO	128
1. Finanzkontrolle gem. § 91 Abs.1 Satz 1 Nr.3 BHO/LHO in Ländern, deren Abgeordnetengesetze Regelung von Grund und Höhe enthalten	129
2. Finanzkontrolle gem. § 91 Abs.1 Satz 1 Nr.3 BHO/LHO in Ländern, deren Abgeordnetengesetze keine Ausgangsbeträge nennen	130
a) Konkretisierung durch das Bewilligungsverfahren	130
b) Konkretisierung durch den Haushaltsplan	131
aa) Der Haushaltsplan nennt lediglich die vorgesehenen Beträge	131
bb) Der Haushaltsplan nennt zusätzlich nähere Erklärungen	132
3. In Ländern (bzw. im Bund) ohne gesetzliche Regelungen	133

	Seite
III. Finanzkontrolle durch die Rechnungshöfe gem. Art.114 Abs.2 GG, §§ 88 Abs.1, 90 BHO/LHO	133
IV. Interne Finanzkontrolle	136
Siebtens Kapitel: Die Rechtsverbindlichkeit der Fraktions- satzungen in bezug auf den Mitgliedsbeitrag	138
Die Entwicklung des freien Mandats des Honoratioren zum freien Mandat des fraktionsgebundenen Abgeordneten 137	139
1. Der Ursprung des freien Mandats	139
2. Das freie Mandat im historischen Wandel	142
a) Der "freie" Abgeordnete zur Zeit des Frühkonsti- tutionalismus	142
b) Das freie Mandat zur Zeit der Frankfurter Reichs- verfassung 1848/49	143
c) Das freie Mandat unter der Preußischen Verfas- sung von 1848/50	144
d) Das freie Mandat unter der Verfassung des Deut- schen Reiches von 1871	145
e) Das freie Mandat unter der Weimarer Reichsver- fassung von 1919	147
3. Das freie Mandat in gegenwärtigen Verfassungen	151
4. Das freie Mandat des fraktionsgebundenen Abgeord- neten	153
a) Der Wandel des Abgeordnetentypus	155
aa) Der Einfluß der politischen Parteien beim Man- datserwerb	158
bb) Der Einfluß der politischen Parteien bei der Mandatsausübung	161
b) Die Verfestigung der Fraktion im staatlichen Be- reich	162
aa) Die funktionelle Abhängigkeit von Partei und Fraktion	162
bb) Die Fraktion im Gefüge von Art.21 und Art. 38 GG	163
cc) Die wachsende Bedeutung der Fraktion	165
II. Die Bindung des Abgeordneten an Fraktionsbeschlüsse	166
1. Die innerorganisationsrechtliche Struktur der Fraktion	166
a. Allgemeines	167
b. Die Fraktionen im Bundestag	168
c. Das Mitgliedschaftsverhältnis zur Fraktion	170

	Seite
2. Die Bindung des Abgeordneten an Fraktionsbeschlüsse in bezug auf die parlamentarische Meinungsbildung	171
3. Die rechtliche Bindung des Abgeordneten an interne Organisationsnormen, die den Mitgliedsbeitrag an die Fraktionskasse betreffen	172
a) Stellungnahmen in der Literatur	174
b) Der Ausgangspunkt für die eigene Stellungnahme	176
c) Die Rechte des fraktionslosen Abgeordneten nach der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages	178
aa) Das Rederecht im Plenum	179
bb) Das Fragerecht im Plenum	182
cc) Das Antragsrecht im Plenum	183
dd) Die Mitwirkung an der Ausschubarbeit	184
ee) Zwischenergebnis	187
d) Die Möglichkeit, einer Fraktion angehören zu können, im Schutzbereich des Abgeordnetenstatus ...	189
III. Ergebnis	191
IV. Diätenrechtlicher Aspekt der Beitragszahlungen der Abgeordneten und Alternativfinanzierung der parteipolitischen Aufwendungen der Fraktionen	193
1. Diätenrechtliche Überlegungen	193
2. Finanzierung der parteipolitischen Aufwendungen der Fraktion	194
Zusammenfassung	195
Schrifttum	199